Bereitstellen von Wohnraum - einige Gedanken

Autor(en): **Burckhardt, Martin H.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **83 (1965)**

Heft 22: **SIA, 69. Generalversammlung Basel, 11./12. Juni 1965**

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-68169

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bereitstellen von Wohnraum – einige Gedanken

DK 711.4.001.1

Von **Martin H. Burckhardt,** Architekt BSA/S. I. A., Basel

Wunde Stellen
im schweizerischen Wohnungsbau

In Presse und öffentlicher Diskussion stehen heute in der Schweiz zwei mit dem Bauwesen eng zusammenhängende Probleme im Vordergrund: Der Kampf gegen die Verunreinigung der Gewässer und der Ausbau des nationalen und der städtischen Strassennetze.

Die Sorge um deren technisch gute Lösung in tragbarem finanziellem Rahmen ist so gross, dass darüber ein weiteres Problem, nämlich die *Beschaffung von quantitativ und qualitativ genügendem und erschwinglichem Wohnraum*, zum mindesten momentan im allgemeinen Interesse in den Hintergrund gedrängt scheint. Sehr zu Unrecht! Die Aufgaben, die sich in der Schweiz den Behörden, der Wirtschaft, den Fachleuten und dem Bauunternehmertum auf diesem Gebiet in nächster Zukunft stellen werden, sind wohl grösser und schwieriger als je zuvor. Trotz der bald 20 Jahre dauernden guten Wirtschaftslage und der mit dieser in Zusammenhang stehenden Hebung des Volkswohlstandes, ist es nicht gelungen, in der Schaffung vor allem des billigen Wohnraumes das Angebot mit der Nachfrage ins Gleichgewicht zu bringen. Es ist — im grossen Rahmen — auch nicht gelungen, diese Wohnraumbeschaffung einem unsern Zeilen und Überlieferungen gerecht werdenden allgemeinen, schweizerischen Prinzip unterzuordnen.

So stehen wir heute vor der Tatsache, dass weite Kreise des Volkes den Geschehnissen auf dem «Wohnungsmarkt» mit wachsendem Unbehagen, ja mit scharfer Kritik gegenüberstehen. Vor allem sind es die Preise der Neuwohnungen, deren Höhe in keinem Verhältnis zu den übrigen Lebenskosten und den durchschnittlichen Einkommensverhältnissen steht, welche die Masse des Volkes — in erster Linie die junge Generation — belastet. Die Gründe, welche beim Publikum für diese Missstände laut werden, sind immer wieder die gleichen:

— Die Gewinne der Landverkäufer, «Spekulanten», Hausbesitzer und Unternehmer sind zu hoch. Sie belasten den Mietzins über Gebühr.

— Die Planung der Neusiedlungen und Neubauten ist nicht sorgfältig und sachlich genug. Sie hält mit der internationalen Entwicklung nicht Schritt.

— Die Bautechnik in der Schweiz ist veraltet. Die modernen Mittel der Rationalisierung werden zu wenig angewendet.

Zweifellos berühren solche Bemerkungen wunde Stellen des schweizerischen Wohnbaues und lassen die Komplexität der Problemstellung, vor der wir heute stehen, erahnen, ohne sie jedoch in allen Teilen klar zu erfassen und zum Ausdruck zu bringen. Es sei deshalb erlaubt, an dieser Stelle den Versuch einer Standortbestimmung und der Skizzierung einiger Gedanken zu den Entwicklungsmöglichkeiten einer gesunden, schweizerischen Wohnbaupolitik zu machen.

Zunächst müssen wir uns ins Bewusstsein rufen, dass wir infolge der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges einen Umbruch der Lebensart, der Lebensverhältnisse und -dimensionen der menschlichen Gesellschaft miterfahren haben, der in seiner Grösse und Raschheit der Auswirkung einmalig ist und welcher das Siedlungswesen eines Volkes vor grundlegend neue Probleme gestellt hat. Die bis zum Zweiten Weltkrieg — aus der heutigen Perspektive betrachtet — nur relativ langsam hochgehenden Schleusen der Wissenschaft und Technik öffneten sich in der Nachkriegszeit plötzlich weit und liessen einen gewaltigen, unaufhaltsamen Strom des «Fortschrittes» über alle Länder, vor allem über jene mit bereits vorhandener industrieller Tradition, sich ergiessen. Die Auswirkungen dieses Fortschrittes sind mannigfaltig und zum Teil von abgründiger Tiefe. Für das vorliegende Thema «Bereitstellung von Wohnraum» sind einige dieser Auswirkungen, welche vor allem in den westlichen Ländern festgestellt werden können, von spezieller Bedeutung:

Infolge der Perfektionierung von Hygiene und Medizin nehmen die Bevölkerungszahlen in ganz anderem Masse als in früherer Zeit zu.

Im Gefolge der fortschreitenden technischen Wissenschaften entwickeln sich Handel und Industrie explosiv. Diese Entwicklung fördert eine völlige Umstrukturierung der Bevölkerung.

Die Magnetwirkung der Industrie und Handel beherbergenden Städte steigert sich unaufhaltsam. Die «Räume» dieser Städte füllen sich in raschem Tempo auf. Dieser Prozess verwischt nicht nur die Unterschiede des Standes und der Herkunft, er verändert auch das Verhältnis von Mensch und Familie zur Umgebung. Der Kampf der individuellen Persönlichkeit gegen das Aufgehen in der Anonymität der Masse wird härter.

Die Technik rückt weitesten Kreisen die Erfüllung bis vor kurzem kaum erträumter materieller Möglichkeiten in greifbare Nähe. Entsprechend wachsen die materiellen Ansprüche.

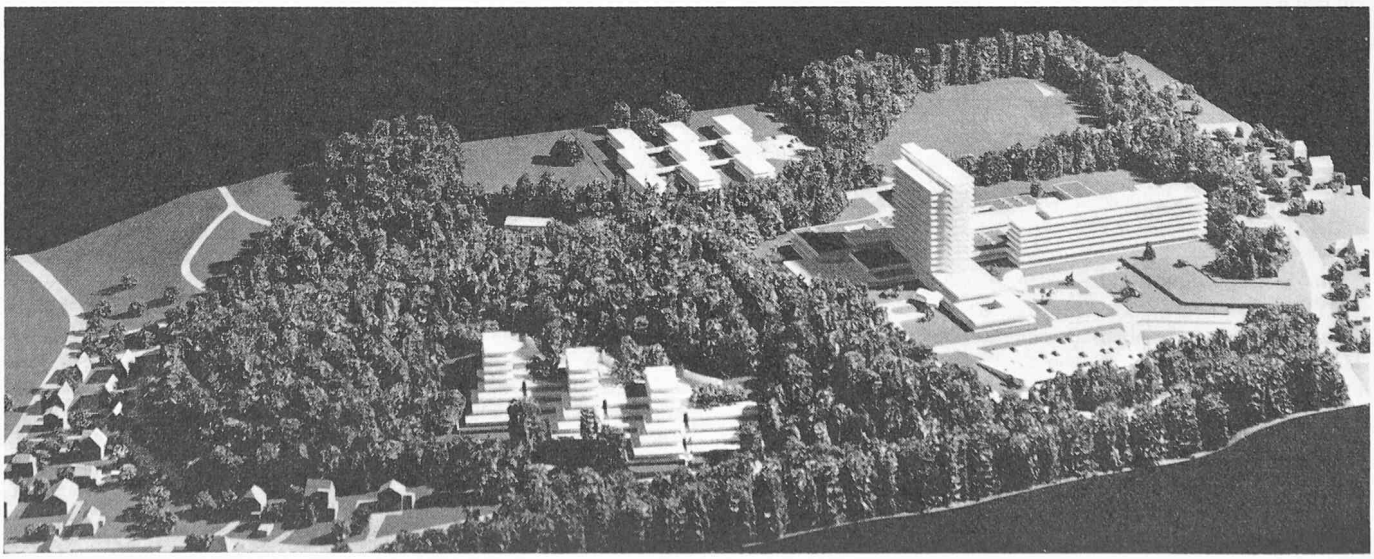
Insbesondere ermöglichen die hochentwickelten, modernen Transportmittel grosse Freizügigkeit. Die Sesshaftigkeit, das Gebundensein an eine Landesgegend, gilt uns nicht mehr in gleichem Masse als Tugend wie frühern Generationen. Weitgehend gilt das utilitaristische Prinzip des «ubi bene, ibi patria».

Diese kurzen Sätze zusammenfassend können wir festhalten, dass es in erster Linie die durch den technischen Fortschritt gesteigerten Probleme des grossen Entwicklungstempos, der rasch wachsenden städtischen Bevölkerungsmassen, der sich steigernden materiellen Ansprüche und der ungehinderten Freizügigkeit sind, denen das Wohnbau- und Siedlungswesen einer modernen Industrieregion sich gegenüber gestellt sieht.

Eingedämmte Flut

Diese Feststellung lädt zur Frage ein, welche Mittel und Wege wir suchen oder gefunden haben, um die «Flut» nicht nur wirtschaftlich und technisch, sondern auch sozial und politisch in schöpferischer Weise zu meistern und zu lenken. Beispiele für gross-

Bild 14. Modellansicht des geplanten Bruderholzspitals



zügige Lösungen der gestellten Probleme sind uns vor allem aus dem Ausland bekannt. Stockholms «Satellitenstädte», «HLM» und «villes dortoires» in Frankreich, Deutschlands und Hollands Neuaufbau zeigen interessante Wege planungs- und bautechnischer Möglichkeiten. Auch in der Schweiz finden wir gute Lösungen, welche den neuen Aufgaben mit neuen Mitteln gerecht zu werden suchen. Trotzdem werden wir das Gefühl nicht los, im «Gesamtresultat» hinter den Notwendigkeiten weit zurückzuhängen, die Aufgaben des modernen Wohnbau- und Siedlungswesens noch nicht durchgehend richtig erfasst und angepackt zu haben. Es wäre ungerecht, die Begründung dieses Gefühles allein beim «unangemessenen» Verhalten der Baufachkreise oder der «Spekulanten» zu suchen.

Charakteristika

Die Umstände, welche eine reibungslose, erfreuliche Entwicklung des modernen Siedlungswesens in unserem Land erschweren helfen, sind tieferer Art:

Die Schweizer sind ein kleines Volk mit kleinem Raum und kleinem eigenem Markt. Dazu kommt, dass der kleine zur Verfügung stehende Raum föderativ aufgeteilt und die Region als möglichst selbständige Einheit Hauptzentrum politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens erhalten ist.

Der Schweizer ist ein Individualist. Ein Hauptmerkmal seiner Eigenart ist das Bedürfnis nach Unabhängigkeit.

Unsere — verglichen mit dem Ausland speziell ausgeprägten — Charakteristika der Kleinstaatlichkeit, der Kleinräumlichkeit und des Individualismus stehen dem modernen Siedlungswesen, welches, will es im Zeitalter der Industrialisierung wirtschaftlich bleiben, auf Massenproduktion angewiesen ist, «instinktiv» entgegen.

«Verkäufermarkt»

Seit der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, welche die Verhältnisse so radikal verändert hat, erlebte die Schweiz mit ihrem intakten Wirtschaftsapparat das Phänomen einer beinahe anhaltend steigenden Hochkonjunktur. Gleichzeitig galt sie weltweit als sicherer Hort für Kapitalanlagen. Somit war Geld im Überfluss vorhanden. Der Baumarkt bekam bald mehr als alle Hände voll zu tun, um den aus der Wirtschaftslage entstehenden Bau- und Investitionsbedürfnissen gerecht zu werden. Es entstand ein «Sellers market» ohne Beispiel. Die freie Konkurrenz spielte nicht mehr. Die natürlicherweise aus diesen Verhältnissen entstehende, stetig fortschreitende Teuerung konnte und wurde lange Zeit beinahe diskussionslos, die gleichzeitig vielerorts absinkende Qualität oft mit hilfloser Resignation hingenommen.

Es kam anders, als man dachte

Da bei Kriegsende die Wirtschaftserwartungen anders aussahen, als die Zukunft sie bringen sollte, und man eher einer Wiederholung der düstern Krisensituation der Dreissigerjahre entgegenblicken zu müssen glaubte, war man ganz allgemein, vor allem auch behördlicherseits, auf den hereinbrechenden «Sturm» im Bau- und Siedlungssektor sozusagen nicht vorbereitet. Bewusste Landes-, Regional-, Städte- und Ortsplanung, in der Lage, die explosive Entwicklung nach Möglichkeit in geordnete koordinierende Bahnen zu lenken, setzte erst im Verlauf dieser Entwicklung und, gehemmt durch bestehende Gesetzes- und Eigentumsverhältnisse, mit zum Teil sehr beschränkter Wirkung ein. So wurde es möglich, dass der Haushalt mit Grund und Boden in Stadt- und Dorfgemeinde da und dort aus den Fugen geriet und ein rationelles Nutzen des vorhandenen, raren Baugeländes in Frage stellte, dass im «Taumel des Geschehens» mehr als tragbarer spekulativer Missbrauch mit den sich bietenden Gewinnmöglichkeiten getrieben werden konnte. Hand in Hand mit diesen Erscheinungen marschierten die Steigerung der Landkosten und die doch häufig als sehr unerfreulich anzusprechenden Veränderungen im Bild der Schweizer Landschaft.

Dämpfer

Es ist vielleicht kein Unglück, dass dieser etwas hektisch gewordenen Situation durch die restriktiven Ereignisse der letzten zwei Jahre ein spürbarer Dämpfer aufgesetzt worden ist. Dieser Dämpfer hat in den Bundesbeschlüssen betreffend Kapital- und Baumarkt vom Februar 1965 seinen Ausdruck gefunden. Selbst wenn man diese Bundesbeschlüsse in ihrer Formulierung nicht begrüsst, muss man doch die Mahnung zur Besinnung, welche für alle am Wohnbau- und Siedlungswesen aktiv Beteiligten in ihnen steckt, hören und aufnehmen.

Die Zeit der Unbeschränktheit ist vorbei

Die Schweizer, ein kleines Volk föderativ denkender Individualisten, hat zwei Jahrzehnte aus dem Vollen schöpfender, ungebundener, unbeschränkter Bautätigkeit hinter sich. Noch immer warten grosse, relativ anspruchsvolle Bevölkerungsmassen auf anständig gestalteten, wirtschaftlich tragbaren Wohnraum. Dieser muss mit beschränkten Mitteln und zahlenmässig beschränkten Arbeitskräften auf beschränktem, eigentumsmässig und baulich meist präjudiziertem Raum sozial und städtebaulich einwandfrei geschaffen werden. Es ist naheliegend und verständlich, dass man angesichts der Dringlichkeit der Aufgabe vor allem nach kategorischer Umstellung und «Rationalisierung» des Wohnbauwesens ruft. Die Möglichkeiten der Serie, der Massenproduktion, der Vorfabrikation sollen endlich auch in der Schweiz voll erfasst und ausgeschöpft werden. Es ist ganz klar, dass diese Forderung gerechtfertigt ist und dass nur durch wirkliche Rationalisierung der Weg zur Verbilligung des Wohnangebotes, soweit dies ein bauliches Problem ist, gefunden werden kann. Ihr aber nachzuleben, ist aus zahlreichen Gründen in vielen Fällen nicht einfach. Neben der Rationalisierung der Bautechnik müssen auch andere Bedingungen erfüllt werden, soll eine wirkliche Senkung der Wohnkosten erfolgen.

Grossbaustellen

Vor allen Dingen muss für die Serien- oder industrielle Massenbauweise, welche hauptsächlich zur wirksamen Rationalisierung und Verbilligung des Wohnbaues führen kann, ein «Markt» vorhanden sein oder geschaffen werden. Dieser «Markt» wird vor allem aus Grossbaustellen bestehen, auf welchen zum mindesten hundert oder mehrere hundert Wohnungen gleichzeitig nach einheitlicher Planung erstellt werden können. Städte und Vorortgemeinden, Hauptmagnete der Bevölkerungsbewegung, welche wegen ihres Angebotes an Arbeitsplätzen und ihrer weitgehend schon vorhandenen «Infrastruktur» noch immer den grössten Bedarf an Neuwohnungen haben, verfügen nicht ohne weiteres über geschlossene Bauplätze, welche die für ein Grossbauvorhaben nötige Grundfläche aufweisen. Vielmehr ist der Landbesitz, wo er noch nicht überbaut ist, mehrheitlich Kleinbesitz, der zusammengelegt werden müsste, um Grossüberbauungen zu ermöglichen. Landgemeinden, welche noch über grossflächige Parzellen verfügen, fehlt andrerseits meist die «Infrastruktur», welche es ihnen erlauben würde, einen Bevölkerungszuwachs von hundert oder mehr Familien in kurzer Zeit ohne grosse Störungen zu absorbieren.

Umstellungen beim Bauhandwerker

Der Forderung nach den für rationellen, d. h. serienmässigen Wohnbau so wichtigen Grossbauplätzen kann nun entgegengehalten werden, dass auch kleinere Bauvorhaben durch striktes Verwenden vorhandener, serienmässig hergestellter Bauelemente «rationalisiert», d. h. verbilligt werden können. Dieses Vorgehen bedingt jedoch ein Eingehen der einzelnen, meist immer noch recht individuell eingestellten Bauherrschaft auf eine solche Beschränkung der Wahl. Wie andererseits das für solche Baustellen in Frage kommende lokale kleine und mittlere Bauhandwerkertum, dessen ernste Gefährdung infolge der «Rationalisierung» kaum in Kauf genommen werden darf, sich in ein weitgehendes Serienbauen einordnen kann, ist eine gewiss noch nicht übersehbare Frage.

Umfassende Planung

Diese wenigen Bemerkungen legen wohl schon eindeutig dar, dass eine «Rationalisierung» der Bauplanung und Bautechnik allein noch nicht genügen kann, um das Problem der «Bereitstellung von Wohnraum» nach zeitgemässen Prinzipien auf lange Frist befriedigend zu lösen. Vielmehr müssen zuerst die Umstände, unter welchen überhaupt rationell gebaut werden kann, geschaffen werden. In andern Worten: Um ein rationelles Erstellen von Wohnbauten in grossem Massstab möglich zu machen, müssen vorausschauende Dispositionen allgemeiner Art getroffen werden, welche diese Neuanlagen rationell in ein bereits bestehendes Ganzes einordnen. Es ist auf die Länge nicht tragbar, dass eine rasch fortschreitende Expansion der Siedlungen weitgehend ohne grundlegende Festlegung allgemein gültiger Prinzipien, ohne Koordination, ohne Planung vor sich geht. Die herkömmliche Gesetzgebung ist allein der Grösse der Aufgabe nicht mehr gewachsen, schon weil sie lediglich defensiven Charakters ist. Sie muss ergänzt werden durch die aktive Bemühung der Allgemeinheit, dem einzelnen, d. h. dem «Bauherrn», eine «städtebauliche» Linie zu geben, welche ermöglicht, dass ein einzelnes Objekt, z. B. eine Wohnsiedlung, sich dem Ganzen, z. B. einer Gemeinde oder einer Region als ein organischer Teil einordnet.

Die Antwort auf die Frage nach dem Rahmen, in welchem «die Allgemeinheit»

mit aktiver Hand auf weite Sicht in wirkungsvollem Mass ordnend eingreifen kann, liegt zweifellos in der *Regionalplanung*. Eine Region als geographische und wirtschaftliche Einheit kann in der Schweiz relativ leicht ausgeschieden werden. Nehmen wir als Beispiel die «jenseits des Jurakammes» liegende Region der Nordwestschweiz, welche mit den Städten Basel, Liestal und Rheinfelden, mit zahlreichen Industrie- und Landgemeinden der Kantone Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Solothurn und Bern eine klar begrenzte, regionale «Kammer» darstellt. Eine von den politischen Behörden der betroffenen Kantone und Gemeinden aktiv geförderte, gemeinsame Regionalplanung, welche die effektiven Entwicklungsmöglichkeiten der Region analysiert und auf Basis dieser Analyse über die Verwendung des zur Verfügung stehenden Raumes zuhanden der in Baufragen weitgehend souveränen Gemeinden wohldurchdachte Vorschläge bezüglich Ausscheiden von Industrie-, Wohn-, Grün- und Landwirtschaftszone, über Nutzungsdichten, über Verkehrsführung und sonstige Erschliessung usw. unterbreitet, welcher die Koordination der regionalen Entwicklung ein Anliegen ist, wird Entscheidendes zur rationellen Verwendung des noch zur Verfügung stehenden Grund und Bodens, zur vollen Auslastung der öffentlichen Einrichtungen, zur richtigen Plazierung neuen Siedlungsraumes beitragen.

*

Bilder

Rasches Wachstum der Stadt- und Vorortsgebiete bei mangelnder Planung

Angesichts des verwirrenden, ungeordneten Eindruckes, den viele rasch wachsende Stadt- und Vorortsgebiete heute machen, angesichts der oft mit erschreckender Deutlichkeit zu Tage tretenden Verschwendung des zur Verfügung stehenden Landes wird — bei aller Anerkennung der positiven Anstrengungen vieler Behörden, die Sache zu bessern — niemand ernsthaft verneinen können, dass eine straffere Koordination, eine allgemeine Disziplinierung des Baugeschehens einer Region dringend nötig ist, bevor mit grossen Investierungen für Neusiedlungen begonnen wird. Da diese Straffung und Disziplinierung nicht ohne weiteres von «höherem Ort» aus befohlen werden kann, muss versucht werden, das Einordnen des einzelnen Objektes in das grössere Ganze auf freiwilliger Basis herbeizuführen. Es ist zu hoffen, dass angesichts der grossen Notlage, in welcher sich unser Land in Folge der krebsartig sich ausbreitenden Ansiedlungen befindet, die hindernden politischen, beruflichen und finanziellen Egoismen durch weitsichtige, sachlich richtige Planung und Aufklärung überwunden werden können.

Möge ein Beispiel die Forderung nach leistungsfähiger und anerkannter Regionalplanung erhärten: Die nahe bevorstehende Erstellung der *Nationalstrasse Basel–Bölchentunnel*–(Richtung) *Bern* ruft in den von ihrer Streckenführung berührten, bis jetzt noch bäuerlichen Landgemeinden schon jetzt die Spekulation auf den Plan, welche aus der entstehenden guten Verkehrslage Nutzen zu ziehen hofft. Die Gefahr des ungeordneten Emporschiessens von Streusiedlungen, die das Bauland schlecht nutzen, ist gross. Sie wird begleitet von der Gefährdung des «innern Gleichgewichtes» der betroffenen Gemeinden, welche plötzlich vor Problemen des Strassen-, Kanalisations- und Erschliessungsbaues, der Anlage neuer Schulen usw. stehen, die den vorhandenen Rahmen bei weitem sprengen. Zeitgerechtes Eingreifen objektiver und anerkannter Regionalplanung wird Kantonen und Gemeinden helfen, die bauliche Entwicklung in rationelle, den Ortscharakter und das Landschaftsbild schonende Bahnen zu lenken.

Neben der rationellen und schonungsvollen Verwendung des zur Verfügung stehenden Raumes ist den sozialen Folgen raschen Bevölkerungsanstieges bei der Bereitstellung von Wohnraum in sorgfältiger Weise Rechnung zu tragen. Gefahren, welchen es hier zu begegnen gilt, sind z. B. folgende:

Das Ineinanderfliessen ehemals deutlich getrennter, als «städtebauliche Einheiten» erkennbarer Dörfer und Städte, die Tendenz zum unübersehbaren, unorganischen, anonymen Häusermeer, zur «Agglomeration», wird das persönliche Verhältnis des einzelnen Einwohners zum Wohnort schwächen. Damit wird auch das Bewusstsein der persönlichen Verantwortung gegenüber der Wohngemeinschaft — der Gemeinde — zurückgehen und einer immer härter werdenden Verfolgung persönlicher Interessen Platz machen.

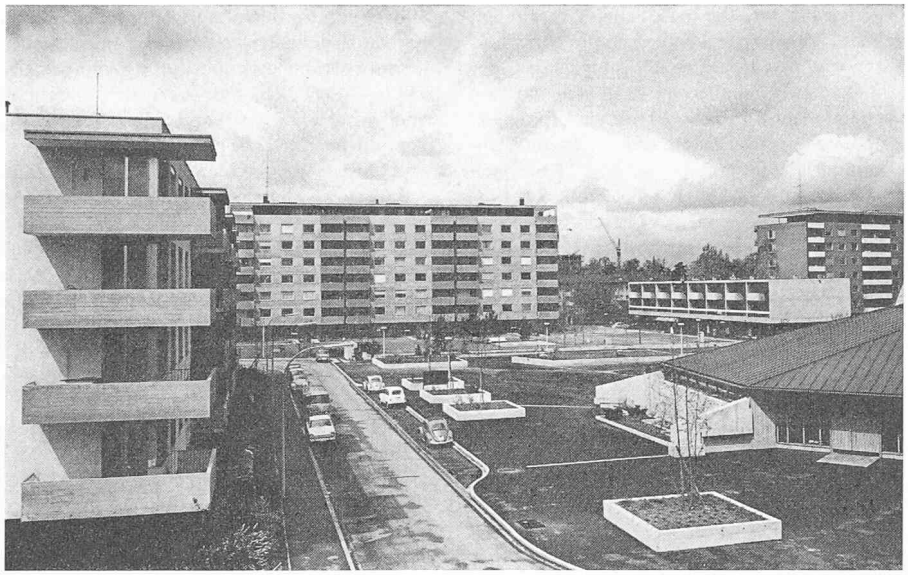
In den «anonymen städtischen Agglomerationen» zeichnet sich deutlich der Trend nach Trennung der verschiedenen sozialen oder Einkommensschichten in «gute», «mittlere» und «schlechte» Wohnlagen ab. Diese Abkapselung nach Einkommen wird auf die Länge nicht von gutem sein, vor allem, wenn sie den Massstab annimmt, welcher in den Wohngürteln grosser Metropolen, z. B. von Paris, erkennbar ist.

Um diesen Gefahren zu begegnen, sollten die dörfliche Gemeinde oder das städtische Quartier als geschlossene, lebendige, für den einzelnen überblickbare Einheiten aufgefasst und gestaltet werden.

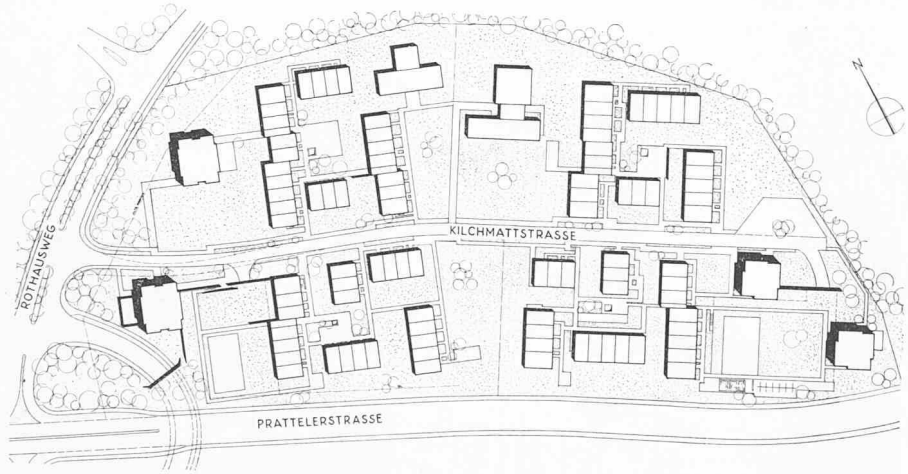
Zunächst gilt es, nach Möglichkeit zu vermeiden, dass reine «Villes dortoires» entstehen, «Satelliten», welche wirtschaftlich

Dorf oder Stadt?

Anonyme städtische Agglomeration



Das Gellertfeld in Basel aus Süden. Rechts ein Teil der evangelischen Kirche auf dem Chr.-Merian-Platz (vgl. SBZ 1962, Heft 24, S. 410 «Basel und das Gellert-Areal»)



Siedlung Kilchmatt in Muttenz der Geigy-Werke Schweizerhalle AG. Ueberbauungsplan 1:3500 (Burckhardt, Architekten S. I. A., Basel)

Reservat für Kinder

völlig von der zentralen Stadt abhängig sind. Liegt z. B. die Absicht vor, einer heute noch ländlich-bäuerlichen Gemeinde eine grosse Wohnsiedlung von nennweise 1000 Familien beizuordnen, so wird dies die gesamte Struktur dieser Gemeinde schon darum wesentlich verändern, weil die Neusiedler ihren Erwerb an einem andern Ort finden. Es wäre sehr zu begrüssen, wenn Wege aufgezeigt werden könnten, wodurch einer rasch aus bäuerlichen in städtische Verhältnisse wechselnden Gemeinde neben den «Wohngästen» auch Betriebe, seien sie gewerblicher, industrieller oder anderer Art, zugeführt werden könnten. Es ist ferner wünschenswert, dass die neuzuziehenden Bevölkerungsteile sich aus möglichst zahlreichen Berufsständen zusammensetzen, aus Arbeitern, Kaufleuten, Akademikern, Beamten usw. Damit wird das so nötige Sichmischen, Sichkennen- und damit Verstehenlernen der immer mehr dem Spezialistentum zutreibenden verschiedenen Berufsstände erleichtert.

Vorbildliches Gellertfeld

Ein in dieser Beziehung sehr positives Beispiel bewusster Mischsiedlung — allerdings in städtischen Verhältnissen — kann in der Überbauung des Gellertfeldes in Basel gefunden werden. Die Christoph Meriansche Stiftung hat als Landeigentümerin eine Gesamtplanung erstellen lassen, welche Wohnblöcke, Einfamilienhäuser, Heime, ein Ladenzentrum, Schule und Kirche zusammenfasst. Die ausgeschiedenen Bauplätze wurden im Baurecht an Wohngenossenschaften, Firmen, welche Belegschaftswohnungen errichten wollten, und Private abgegeben. Eine Bevölkerungsmischung wurde damit automatisch ermöglicht, die Basis für ein gesundes «Quartierleben» gelegt. Es fehlt in diesem kleinen städtebaulichen Ganzen eigentlich einzig ein Betrieb, sei es ein Gewerbe oder eine Verwaltung, welcher die innere Lebendigkeit der Neusiedlung noch hätte verstärken können.

Vielfalt in der Einheit

Das Bedürfnis nach Geschlossenheit, nach menschlicher Mannigfaltigkeit in der städtebaulichen Einheit wird sich logischerweise in der äussern Gestaltung von Neusiedlungen ausdrücken. Das Beispiel einer Vorortssiedlung in der Nordwestschweiz zeigt das Zusammenfassen der einzelnen Gebäudegruppen, in welche die Gesamtanlage aufgelöst ist, um Höfe oder Plätze, welche, vom Motorfahrzeug nicht berührt, mit Spiel- und Ruheplätzen für Kinder und Erwachsene ausgerüstet, als kleines Zentrum eines «gesellschaftlichen Lebens» in engem Rahmen, als Dorfplatz, wo «man» sich trifft, dienen kann.

Viel schwieriger, aber auch wichtiger ist es, dass im grössern Massstab einer wachsenden Gemeinde oder bei der Anlage eines neuen grossen «Quartiers» die Schaffung von Treffpunkten und Zentren sowie das Erkennbarmachen der geschlossenen städtebaulichen Einheit erreicht wird.

Im Rahmen neu zu schaffender grosser, als städtebauliche Einheiten anzusprechender Siedlungen werden hauptsächlich die Bedürfnisse der Familie berücksichtigt. Wenn auch das Bereitstellen brauchbarer Wohnmöglichkeiten für die Familien das wichtigste Problem des Siedlungswesens ist, so dürfen doch

die Alleinstehenden, vor allem die Alten, deren Familien ausgeflogen sind, und die Jungen, welche noch keine Familie gegründet haben, nicht vergessen werden:

An verschiedenen Orten in der Schweiz sind in den letzten Jahren sogenannte «Altersiedlungen» entstanden, welche preislich und räumlich dem entsprechen sollen, was alten Menschen angemessen ist. Diese Altersiedlungen sind wohl nur als wichtige Etappe auf dem Weg zur wirklichen Lösung des spezifischen Problems anzusprechen. Da besonders gesunde, alte Leute eine ausgeprägte Neigung haben, am aktiven Leben der Jüngern möglichst intensiv teilzunehmen, muss angestrebt werden, die Alterswohnungen mit den Familienwohnungen möglichst zu vermischen, sie zu dezentralisieren und in die Wohnblöcke nach Möglichkeit zu verteilen.

Um die Schwierigkeiten, welchen der Student heutzutage beim «Budensuchen» begegnet, zu erleichtern, wird vielfach an das Erstellen von speziellen Studentensiedlungen, wo Hunderte von jungen Leuten konzentriert werden sollen, gedacht. Wir hören aber von französischen Universitäten, wo solche Zentren geplant oder erstellt sind, dass sie keineswegs nur positive Reaktionen zeitigen. Auch Studenten wollen und sollen in Kontakt mit andern Volkskategorien kommen. Es ist daher empfehlenswert, in die Planung von Neuquartieren oder -siedlungen, deren Lage bezüglich einer Universität nicht ungünstig ist, kleinere Studentenheime oder -wohnungsgruppen aufzunehmen. Damit kann der Übelstand des Mangels an Studentenwohnungen in kleinen Schritten und unter Vermeidung der wahrscheinlich unerfreulichen Massenkonzentrationen des akademischen Nachwuchses behoben werden.

Quartierauswechslungen verlangen städtebauliche Ordnungsprinzipien

Um das Problem der Schaffung von neuem Wohnraum in grossem Massstab zu lösen, wird wohl in erster Linie auf freies, noch nicht überbautes Gelände gegriffen. Solches Gelände ist jedoch, wie wir wissen, nicht in unbeschränkter Fülle vorhanden. Wollen wir vermeiden, dass sich der Raum einer Region mit der Zeit vollständig mit menschlicher Besiedlung auffüllt und die Natur gewissermassen in die Wälder und allenfalls in einige Reservate gedrängt wird, so müssen wir uns bei Zeiten darüber klar zu werden trachten, wie bereits überbautes, jedoch zu wenig rationell oder dicht genutztes Gelände in eine neue Gestaltung hinüberzuführen sei.

Städte mit knappen Raum, wie z. B. die Grenzstadt Basel, erleben solche «Auswechslungen» bereits heute. Quartiere mit vorwiegender Einfamilienhausüberbauung, aus dem ersten Viertel dieses oder aus dem Ende des letzten Jahrhunderts, in welchen die gesetzlichen Bestimmungen eine vielgeschossige Bebauung zulassen, beginnen ihr Gesicht zu wechseln. Da Strassenbreiten und Parzellengrössen, der bestehenden Bebauung entsprechend schmal und klein, d. h. einer nach grösserm Massstab rufenden Überbauung mit Mehrfamilienhäusern nicht angemessen sind, ist, wie das untenstehende Bild zeigt, die Gefahr gross, dass die Einstreuung dieser Mehrfamilienhäuser das ehemals harmonische Gesicht des Quartiers zur Fratze werden lässt, ganz abgesehen davon, dass diese einzelnen Mehrfamilienhäuser unter Bedingungen erstellt werden müssen, die ein wirtschaftliches Bauen nach modernen Grundsätzen gar nicht mehr erlauben. Diesen unerfreulichen Zuständen muss die Allgemeinheit entgegentreten. Trotz der Erkenntnis, dass es unter den schweizerischen gesetzlichen Verhältnissen schwierig ist, den notwendigen «Quartierauswechslungen» eine schöpferische städtebauliche Linie zu geben, muss angestrebt werden, dass solche Auswechslungen erst dann durchgeführt werden dürfen, wenn ein ganzer Block neugestaltet werden kann, d. h. wenn die Möglichkeit der Neuformierung oder Zusammenlegung der vorhandenen, kleinen Parzellen entsprechend den Bedürfnissen der Neuüberbauung gegeben ist und die Strassen in einer der grössern Gebäudehöhe und dem zu erwartenden Mehrverkehr angemessenen Weise umgestaltet werden können.

*

Erkenntnisse

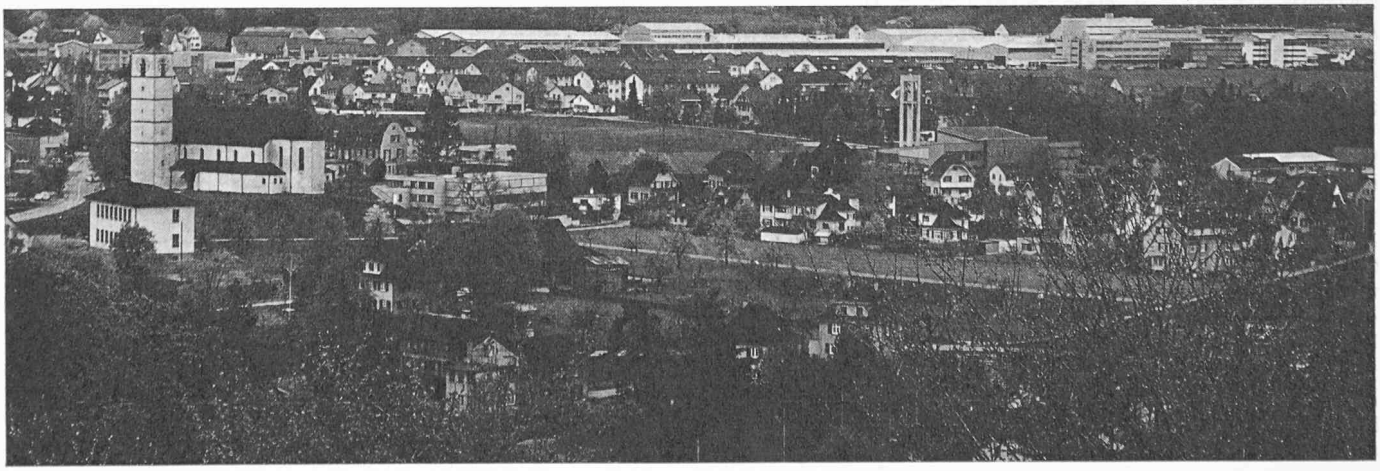
Die in diesem Aufsatz zusammengefassten, sehr generellen und lückenhaften Gedanken versuchen zum Ausdruck zu bringen, dass es, soll wirklich rationeller Wohn- und Siedlungsbau getrieben werden, nicht genügt, nach Rationalisierung der Bautechnik allein zu rufen. Es ist notwendig, dass dem grössern Rahmen, in welchem die Neusiedlungen und Neubauten entstehen sollen, eine feste, unsern Eigenarten und der modernen Entwicklung Rechnung tragende Ordnung, eine Gesinnung gegeben wird. Die vergangenen zwanzig «fetten Baujahre» haben nicht nur die Bauberufsgruppen, sondern weit grössere Volkskreise, auch die Behörden, dazu verführt, dieser Notwendigkeit oft zu wenig Beachtung zu schenken.

Die Tatsache, dass in Zukunft unter «Restriktions-», d. h. unter erschwerten Umständen gebaut werden muss, darf nicht dazu führen, dass das Bemühen um die Schaffung und Einhaltung städtebaulicher Ordnungsprinzipien noch weniger in den Vordergrund gestellt wird als bis anhin. Im Gegenteil, der Moment der Besinnung sollte zur Erkenntnis führen, dass das Festlegen der Verkehrslinien, Kanalisationsnetze und Ausnützungsziffern nur einen kleinen Teil erfolgreichen modernen Städtebaues darstellen. Dies sind technische Fragen, deren Lösung noch nicht genügt, den Mangel schöpferischer Städteplanung auf die Länge zu verdecken. Wenn, was hie und da vorkommt, von politischer Seite vor allem der Architektenschaft vorgeworfen wird, sie übersehe den Kern des Problems des modernen Wohn- und Siedlungsbaues, sie packe die sich stellenden Aufgaben unsachlich an, so kann dieser Äusserung entgegengehalten werden, dass es auch der Mangel einer höheren Einsicht auf politischer Ebene sein kann, welcher die Gesundung der Verhältnisse erschwert.

Was die bautechnische Rationalisierung des Wohnbaues betrifft, so darf angenommen werden, dass in der Schweiz genügend gut ausgebildete, fortschrittlich eingestellte Fachleute vorhanden sind, befähigt, die gestellten Aufgaben, ist der vernünftige städtebauliche Rahmen gegeben, befriedigend zu lösen. Bedingung für ihre erfolgreiche Arbeit ist aber das Vorhandensein einer genügenden Zahl gelernter Facharbeiter. Auch bei Ausnützung aller Möglichkeiten der Industrialisierung des Bauwesens wird ohne den geschickten Arbeiter, woher er sich immer rekrutieren möge, nicht gebaut werden können. Rationalisierung der Bautechnik bedeutet deshalb unter anderm, durch minutiöse Vorbereitung der Bauausführung, durch einwandfreie klare Planung den Einsatz des gelernten Arbeiters so intensiv und «leerlauflos» als möglich zu gestalten.

Die Fachkreise, welche sich mit Wohnbau und Siedlungswesen beschäftigen, sind gross

Verpasste Möglichkeit für eine geplante «Auswechslung» des ehemals harmonischen Quartiers



und vielgestaltig. Neben den Architekten finden wir die Fachgruppe der Planer, welche sich mit der generellen Bearbeitung der Gestaltung, z. B. eines Gemeindegebietes, beschäftigen, dann die Generalunternehmer, welche dem Siedlungsbau in grossem Stil auf ihre Weise zu Leibe rücken, ferner die Bautechniker, Unternehmer usw. Leider ist festzustellen, dass die Fachkreise oft eher auseinander als zusammen streben. So wird der Spezialist für Ortsplanung manche Erkenntnis, welche dem Praktiker zur Verfügung steht, vernachlässigen; dem Architekten, nach Klarheit der Gebäudekonzeption suchend, liegt vielleicht das Gebiet der geschickten Bereitstellung der finanziellen Mittel oder die Straffung der Bauführung ferner; der Generalunternehmer ist versucht, die soziale und auch baukünstlerische Seite seiner Aufgabe zu übersehen; der Bauunternehmer endlich mag über seiner Spezialität das Ganze zu sehr vergessen. Es ist nötig, dass das Gespräch zwischen den einzelnen Berufsgruppen intensiviert wird, dass die verschiedenen Grenzzäune falschen Berufsstolzes oder gar des Brotneides fallen, soll ein wirklicher Fortschritt im Wohnbau- und Siedlungswesen erreicht werden. Es darf nicht sein, dass aus der Verwirrung der Sprache der «Spezialisten» eine babylonische Verwirrung unserer Städtebilder entsteht. Es darf auch nicht sein, dass das Wohn- und Siedlungswesen eine rein geschäftliche Angelegenheit möglichst schöner Gewinne ist. Neben dem angemessenen Verdienst soll auch der ideelle Erfolg des Geschaffenen Ansporn zur Verbesserung der Leistung sein. Es wäre nicht gut, wenn wir der Bewährungsprobe, der sich die Berufsleute in der Frage des «Bereitstellens von Wohnraum» gegenübergestellt sehen, ohne allen Idealismus entgegentreten würden.

Es gibt einen Weg

Den Abschluss der «Gedanken zur Bereitstellung von Wohnraum» mögen zwei Zitate aus *Gottfried Kellers* «Fähnlein der sieben Aufrechten» bilden, in welchem von Zeit zu Zeit zu blättern ganz allgemein nicht schaden kann.

Da sagt z. B. der wackere Schneidermeister Hediger zu seiner Frau: «Es wird eine Zeit kommen, wo in unserem Land . . . sich grosse Massen Geldes zusammenhängen . . . ; dann wird es gelten, dem Teufel die Zähne zu weisen; dann wird es sich zeigen, ob der Faden und die Farbe gut sind an unserm Fahnentuch!» Haben wir nicht in den letzten Jahren die Zeit der grossen Geldmassen erlebt?

Ferner der junge Karl Hediger in seiner Festrede bezüglich der Schweiz: «Wie zierlich und reich ist das Vaterland aber auch gebaut. Je näher man es ansieht, desto reicher ist es gewoben und geflochten, schön und dauerhaft, eine preiswürdige Handarbeit. Wie kurzweilig ist es, dass es nicht einen eintönigen Schlag Schweizer, sondern dass es Zürcher und Berner, Unterwaldner und Neuenburger, Graubündner und Basler gibt, und sogar zweierlei Basler! Dass es eine Appenzeller Geschichte gibt und eine Genfer Geschichte; diese *Mannigfaltigkeit in der Einheit*, welche Gott uns erhalten möge, ist die rechte Schule der Freundschaft . . . » Liegt nicht der Ruf nach Bewährung im Wohlstand unter anderm darin, dass wir der im Gefolge der Konjunktur auftretenden Überwucherung unseres kleinen Landes mit freud- und lieblosen Anlagen von Menschenhand steuern und Ordnung in das Wachstum unserer Siedlungen bringen? Spüren wir nicht auch in unserm Zeitalter der grossen Bevölkerungsmassen Bedürfnis und Verpflichtung, zur Erhaltung der Mannigfaltigkeit in der Einheit, welche unserm Volkscharakter das Gepräge gibt, in der Bereitstellung neuen Wohnraumes beizutragen?

Bei aller Notwendigkeit, in nützlicher Zeit genügenden Wohnraum für grosse Massen bereitzustellen, bei aller Dringlichkeit der Rationalisierung und Industrialisierung des Bauwesens dürfen wir nicht hingehen lassen, dass das «kurzweilige mannigfaltige Schweizervolk» mehr und mehr in eintönige «gleichgeschaltete» Kasernen gesteckt wird. *Es gibt einen Weg, das gestellte Problem nach unserer Weise zu lösen.* Wir müssen ihn zu finden wissen.

Adresse des Verfassers: Basel, Peter-Merian-Strasse 34.

Probleme der Autobahnplanung im südlichen Oberrhein- und Hochrheingebiet aus einer Gesamtschau mitteleuropäischer Verkehrsbeziehungen

DK 625.711.3.001.1

Von Dr.-Ing. **W. Schütte** und **L. von Hamm**, Freiburg im Breisgau

Der Bau von Autobahnen hat in Deutschland eine längere Vorgeschichte. 1909 wurde in Berlin die «Automobil-Verkehrs- und Übungsstrasse G. m. b. H.» gegründet, deren Ziel der Bau der AVUS war. Sie entstand zwischen 1912 und 1921. Als erste Autobahn im heutigen Sinne konnte 1929 die 20 km lange Strecke Köln-Bonn fertiggestellt werden; weitergehende Pläne wurden aber seit 1930 infolge der Weltwirtschaftskrise aufgeschoben. Erst von 1933 an konnten auf Grund eines Reichsgesetzes anschliessende Planungen verwirklicht werden. Damals entstand als erster Streckenabschnitt der Reichsautobahn das Teilstück Frankfurt a. M.–Darmstadt. Viele der vorbereitenden Pläne für künftige Baumassnahmen des Staates beruhen auf Vorschlägen privater Autobahnvereine, von denen an dieser Stelle besonders der HAFRABA – Verein für die Planung der Strecke Hamburg–Frankfurt a. M.–Basel zu nennen ist. Im Sommer 1942, als die Arbeiten an der Reichsautobahn eingestellt wurden, waren insgesamt 3860 km Autobahnen fertiggestellt, von denen 2110 km im jetzigen Bundesgebiet lagen.

Das vor dem letzten Krieg in Deutschland vorgesehene Autobahnnetz entsprach den Hauptverkehrsbeziehungen im damaligen Reichsgebiet. Einzelne Streckenplanungen des Staates hatten zudem strategische Bedeutung. Insgesamt zeichnet sich bei einer nachträglichen Betrachtung der damaligen Vorhaben und Baumassnahmen eine weitgehende Ausrichtung des Autobahnnetzes auf West–Ost–West–Verbindungen ab. So ergab sich, dass nach der Teilung Deutschlands manche für die Bundesrepublik lebensnotwendige Nord–Süd–Verbindung in diesem ersten Netz fehlte.

Erst 1955 wurden mit dem Bundesverkehrsfinanzgesetz und ab 1957 mit einem neueren Ausbauplan die Grundlagen für eine Netzergänzung geschaffen. Das erste überragend bedeutende Ausbauergebnis war dann die Verkehrsübergabe der Gesamtstrecke von Hamburg über Frankfurt a. M. bis Weil bei Basel, welche Ende Juli 1962 nördlich Freiburg feierlich vollzogen wurde.

Ein zweiter Ausbauplan für das Netz der Autobahnen in der Bundesrepublik dient gegenwärtig vornehmlich der Entlastung verkehrsmässig zu stark beanspruchter Streckenabschnitte. Zugleich ist man aber bemüht, das noch unvollständige Netz der Nord–Süd–Nord–Verbindungen im Fernstrassennetz weiter zu vervollständigen. Die wichtigsten unter diesen Ergänzungsstrecken sind folgende: Bremen–Dortmund (Hansalinie) sowie Dortmund-Giessen (Parallelstrecke zur Autobahn Frankfurt a. M.) und Bad Hersfeld–Würzburg als Teilstück der Fernverbindung Hamburg–München.

Von grosser Bedeutung für einen zügigen Verkehrsfluss werden in Zukunft aber auch die geplanten Entlastungsstrecken sein, welche gleichzeitig einer Begradigung bestehender Linien dienen. An dieser Stelle sind besonders hervorzuheben die vorgesehenen Abschnitte Wiesbaden–Darmstadt und Mannheim–Walldorf mit beabsichtigter Fortführung bis Heilbronn. Ebenso wird innerhalb der gegenwärtigen Planungen eine Verbesserung des Verkehrsanschlusses zu den Nachbarstaaten der Bundesrepublik angestrebt. Unter diesem Gesichtspunkt kommt besonders dem Neubau der Autobahn Stuttgart–Westlicher Bodensee mit Anschluss an das Schweizer Strassennetz Bedeutung zu.

Die Grundidee des schon 1926 gegründeten Vereins zur Schaffung einer Autobahn Hamburg–Frankfurt a. M.–Basel war es, eine schnelle und flüssige Verbindung zwischen Nordsee und Alpen herzustellen. Dieses, damals nur auf den Ausbau einer einzelnen Strecke bezogene Ziel gewinnt in der Gegenwart erhöhte und allgemeine Bedeutung. Strategische Gründe waren bis zum Ende des letzten Krieges der Anlass, dass die erste grosse Nord–Süd–Strecke nur bis Karlsruhe verwirklicht wurde. Es ging zu jener Zeit darum, das gesamte deutsche Binnenland mit einer zügigen Verkehrsverbindung an die Seehäfen anzuschliessen, was Basel nicht betraf.

Seit dem Krieg hat Hamburg, bis zu dieser Zeit bedeutendster kontinentaleuropäischer Hafen, den grössten Teil seines Hinterlandes, in erster Linie das Elbe-Einzugsgebiet, verloren. Innerhalb des sich nun stärker zusammenfindenden westlichen Europas übernahm seitdem Rotterdam den Platz des weitaus grössten Hafens auf dem Kontinent. Nach Untersuchungen von Gerhard Isbary zeigt sich seit einigen Jahren zunehmend klarer eine Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaftskraft entlang einer Entwicklungsaxe Rotterdam–Basel ab. Diese Axe ist zugleich durch eine starke Verkehrsüberlastung speziell auf der Autobahn Duisburg–Köln–Frankfurt–Mannheim–Karlsruhe bereits jetzt gekennzeichnet. Neben der überragenden Bedeutung,